

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
9. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan
am Dienstag, dem 07.12.2021 um 17:00 Uhr
in der Aula des Schulzentrum Walder Strasse

Beginn:
17:00

Ende:
20:00

Vorsitz

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

CDU-Fraktion

Stv. Annette Braun-Kohl
Stv. Vincent Endereß
Stv. Gerd Holberg
Stv. Tobias Kaimer
Stv. Jens Lemke
Stv. Folke Schmelcher
Stv. Rainer Wetterau

Vertretung für Stv. Kaimer ab 17:30 Uhr

ab TOP 2 / 17:25 Uhr
bis 17:30 Uhr

SPD-Fraktion

Stv. Felix Blossey
Stv. Walter Drennhaus
Stv. Jens Niklaus
Stv. Bernd Stracke

Vertretung für Stv. Klaus

WLH-Fraktion

Stv. Thomas Höhne
Stv. Barbara Kamm
Stv. Meike Lukat

GAL-Fraktion

Stv. Nicola Günther
Stv. Tabea Haberpursch
Stv. Andreas Rehm

Vertretung für Stv. Sack
Vertretung für Stv. Zerhusen-Elker

FDP-Fraktion

Stv. Michael Ruppert

beratende Mitglieder

Stv. Harald Giebels

Schriftführung

StA Daniel Jonke

1. Beigeordnete

1. Beigeordnete Annette Herz

Techn. Beigeordnete

Beigeordnete Christine-Petra Schacht

Verwaltung

StOVR'in Doris Abel

StOVR Gerhard Titzer

Die Vorsitzende Dr. Bettina Warnecke eröffnet um 17:00 Uhr die 9. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Sie begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Bgm'in Dr. Warnecke schlägt vor, die TOPs 7 und 20 von der Tagesordnung zu nehmen, da diese im Fachausschuss jeweils an die nächste Sitzung verwiesen wurden und erst im Anschluss an diese Beratung wieder im Haupt- und Finanzausschuss und dem Rat beraten werden sollen.

Hierüber herrscht Einvernehmen unter den Ausschussmitgliedern.

Weitere Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Öffentliche Sitzung

1./ Corona-Pandemie – Test- und Impfmöglichkeiten für die Haaner Bevölkerung hier: Antrag des fraktionslosen Stv. Giebels (Bürger für Haan - Bürgerunion) vom 10.11.2021

Protokoll:

Stv. Giebels erläutert den Antrag. Die Impfquote müsse unbedingt gesteigert werden, daher möchte er wissen, welche Möglichkeiten dafür in Haan geschaffen werden. Weiterhin fragt er an, wie die Verwaltung die derzeitige Situation der Test- und Impfstellen bewerte.

Bgm'in Dr. Warnecke erläutert, dass es eine Impfstelle in der ehemaligen Landesfinanzschule gäbe. Wie viele Impfdosen dort verteilt werden könnten, hänge mit der Anzahl der impfenden Ärzte vor Ort zusammen. Hierzu sei man aber mit dem Kreisgesundheitsamt in engem Kontakt.

1. Bgo. Herz ergänzt, dass es anfangs deutlich weniger Teststellen gegeben habe. Mittlerweile hätten sich aber wieder deutlich mehr Teststellen etabliert und ihren Betrieb aufgenommen. Insgesamt bewerte die Verwaltung das derzeitige Angebot an Test- und Impfstellen in Haan als gut.

Stv. Lukat fragt an, ob es möglich sei, eine zentrale Info-Rufnummer, beispielsweise für Senioren einzurichten.

Bgm'in Dr. Warnecke erklärt, dass die Stadt Haan für ein solches Angebot nicht zuständig sei. Zudem gäbe es eine solche Rufnummer bereits vom Kreisgesundheitsamt. Im Falle von Senioren könnten diese sich selbstverständlich auch an das Seniorenbüro der Stadt Haan wenden, welches gerne auf das Kreisgesundheitsamt verweist.

Stv. Giebels stellt seinen Antrag bis zur kommenden Sitzung des Rates zurück.

Beschluss:

Der Antrag wird bis zur Sitzung des Rates am 14.12.2021 zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

2./ Bürgerbegehren Fahrradschutzstreifen an der B 228
Vorlage: 32-2/013/2021

Protokoll:

Stv. Höhne bringt einen Vorschlag zur Thematik vor. Unter anderem schlage er halbhüftiges Parken auf dem Gehweg, eine Parkscheibenregelung und eine generelle Geschwindigkeitsbeschränkung auf 40 Km/h im Innenstadtbereich vor.

Stv. Lukat stellt klar, dass die genannten Vorschläge nicht als Vorschläge der WLH-Fraktion zu verstehen seien.

Bgm'in Dr. Warnecke führt aus, dass es in der heutigen Beratung lediglich darum gehe, ob es einen entsprechenden Bürgerentscheid geben solle oder nicht.

Beschlussvorschlag:

1. Die Voraussetzungen liegen vor, dass mindestens 7 % der Haaner Bürgerinnen und Bürger das Bürgerbegehren gegen die Markierung eines Fahrradschutzstreifens an der südlichen Seite der Bahnhofstraße von Wilhelmstraße bis Kölner Straße unterzeichnet haben.
 2. Es wird ein Bürgerentscheid mit der Fragestellung: „Soll die Markierung eines Fahrradschutzstreifens an der südlichen Seite der Bahnhofstraße von Wilhelmstraße bis Kölner Straße aus dem Handlungskonzept zu Maßnahmen an der B 228 genommen werden?“ durchgeführt. Der Bürgerentscheid findet am 13. 03. 2022 statt.
-

Abstimmungsergebnisse:

zu 1.

einstimmig angenommen

zu 2.

einstimmig angenommen

3./ Anträge des SKFM vom 17.03.2021

- hier:

a) Refinanzierung allgemeiner sozialpädagogischer Tätigkeiten im Allgemeinen Sozialen Dienst

b) Betriebskostenzuschuss für den Betrieb der „Tafel Haan“

Vorlage: II/016/2021

Beschluss:

a)

Der SIGA und der HFA empfehlen dem Rat, dem SKFM Haan e.V. auf dessen Antrag vom 17.03.2021 hin, einen jährlichen Betrag i.H.v. 1.600 € zur Refinanzierung allgemeiner sozialpädagogischer Tätigkeiten im Allgemeinen Sozialen Dienst zu gewähren.

b)

Der SIGA und der HFA empfehlen dem Rat, dem SKFM Haan e.V. auf dessen Antrag vom 17.03.2021 hin, einen jährlichen Betriebskostenzuschuss i.H.v. 12.600 € für den Betrieb der „Tafel Haan“ zu gewähren.

Abstimmungsergebnisse:

zu a:

einstimmig angenommen

zu b:

einstimmig angenommen

17 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

4./ Anpassung der jährlichen Aufwandsentschädigung für Schiedspersonen
Vorlage: 32-2/014/2021

Beschlussvorschlag:

Die jährliche Aufwandsentschädigung für die erste Schiedsperson wird ab 01. 01. 2022 auf 600 € und für deren Stellvertretung auf 300 € erhöht.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

5./ Aufwandsentschädigung für Führungskräfte der Freiwilligen Feuerwehr
Haan
Vorlage: 32-2/011/2021

Beschlussvorschlag:

Für den / die Kinderfeuerwehrwart/-in wird eine Entschädigung von 10 % und für deren Stellvertretung von 5 % der jeweils geltenden Aufwandsentschädigung eines Ratsmitglieds nach der EntschVO gewährt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

6./ Verdienstausfallentschädigung und Zulagengewährung bei Einsätzen der
Feuerwehr
Vorlage: 32-2/012/2021

Beschlussvorschlag:

Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Festsetzung des Verdienstausfalls der beruflich selbstständigen ehrenamtlichen Angehörigen der Feuerwehr Haan und über die Gewährung einer Zulage für private Arbeitgeber wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

7./ Gebührensatzung städtische Unterkünfte
Vorlage: 50/012/2021

Beschluss:

Der TOP wurde von der Tagesordnung genommen, da sich der Fachausschuss dafür ausgesprochen hatte, diesen Sachverhalt in die nächste Sitzung des Fachausschusses zu verschieben und dort erneut zu beraten.

8./ Rettungsdienstbedarfsplan des Kreises Mettmann
Vorlage: 32-2/016/2021

Beschlussvorschlag:

Dem Entwurf der Rettungsdienstbedarfsplans des Kreises Mettmann in der Fassung der Anlage 1 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

9./ Kostenersatz- und Entgeltsatzung bei Einsätzen der Feuerwehr
Vorlage: 32-2/009/2021

Beschlussvorschlag:

Die Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten in der Stadt Haan bei Einsätzen der Feuerwehr wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**10./ Gebührensatzung für die Brandverhütungsschau
Vorlage: 32-2/010/2021**

Beschlussvorschlag:

Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandverhütungsschau in der Stadt Haan vom 14. 12. 2016 wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**11./ Gebührensatzung für den Rettungs- und Krankentransportdienst der
Stadt Haan
Vorlage: 32-2/017/2021**

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke erläutert die Vorlage, da diese zur Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten (FOA) am 16.11.2021 noch nicht vorlag.

Rückfragen zur Vorlage gibt es keine.

Beschlussvorschlag:

Die Satzung zur 9. Änderung der Gebührensatzung für den Rettungs- und Krankentransportdienst der Stadt Haan wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**12./ Gebührensatzung für den Wochenmarkt der Stadt Haan
Vorlage: 32-2/018/2021**

Beschlussvorschlag:

Die Satzung zur 6. Änderung der Gebührensatzung über die Erhebung von Marktgebühren auf dem Wochenmarkt der Stadt Haan (Marktgebührensatzung) wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.

Soweit aufgrund der noch durchzuführenden Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt Änderungen erforderlich werden, sind diese bis zur endgültigen Beschlussfassung im Rat der Stadt Haan am 14.12.2021 einzuarbeiten und die Satzung ggf. entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**13./ Neubau Rathaus Haan
hier: VgV Verfahren Architektenleistung;
Vorlage: 65/021/2021**

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**14./ Sanierung der Skateanlage Landstraße
hier: Antrag des Jugendparlament der Stadt Haan vom 04.10.2021
Vorlage: 70/014/2021**

Protokoll:

Stv. Niklaus fragt an, ob die Finanzierung noch aus dem Haushalt 2021 oder doch schon aus dem Haushalt 2022 erfolgt.

StOVR'in Abel erklärt, dass die Finanzierung zu Ziffer 1 des Beschlussvorschlages noch mit Mitteln aus dem Haushaltsjahr 2021 erfolge. Zu Ziffer 2 würden finanzielle Mittel aus dem Haushaltsjahr 2022 verwendet.

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in einem Termin vor Ort mit dem Jugendparlament zu klären, wo genau das Jugendparlament die Defizite der Bestandsanlage sieht.
2. Die Verwaltung nimmt die Erarbeitung konkreter Vorschläge für eine bauliche Ergänzung der Anlage in der kostengünstigen Variante (10.000 – 20.000 EUR), in Abstimmung mit dem Jugendparlament, in die mittelfristige Arbeitsplanung auf.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**15./ Gemeinsamer Antrag von SPD, GAL und CDU zu Luftfiltern
Vorlage: II/017/2021**

Protokoll:

Techn. Bgo. Schacht erläutert, dass der in der Vorlage genannte Kostenansatz der Machbarkeitsstudie bereits Planungsleistungen bis zur Leistungsphase 3 (Entwurf) beinhaltet. Mit der Entwurfsplanung verbunden ist eine Kostenberechnung. Diese gäbe der Verwaltung auch mehr Kostensicherheit als eine Kostenschätzung (Leistungsphase 2, Vorentwurfsstadium). Für die Beantragung eventueller Fördermittelprogramme wird in der Regel bei Einreichung der Unterlagen eine Entwurfsplanung mit dazugehöriger Kostenberechnung verlangt, daher sei die Bearbeitung der Machbarkeitsstudie einschließlich der Planungsleistungen der Leistungsphase 3 (Entwurf) sinnvoll, da eine reine Kostenschätzung für Fördergelder meist nicht ausreichend sei.

Stv. Blossy verweist darauf, dass es hier um die Gesundheit aller Haaner Schüler_innen gehe, daher plädiere er dafür, dem Sachverhalt zuzustimmen.

Stv. Ruppert entgegnet, dass die Meinungen bezüglich des Gesundheitsschutzes durchaus auseinandergingen. Er kritisiert, dass hier suggeriert werde, dass die Stadt Haan für die genannten Kosten bereits entsprechende Geräte anschaffe. Dem sei jedoch nicht so, da es sich hierbei erstmal lediglich um Gutachterkosten handle. Die Geräte selbst sollen, bei entsprechendem Ergebnis des Gutachters, erst im Verlauf der nächsten fünf Jahre beschafft werden. Neben den zusätzlichen Anschaffungskosten für die Geräte, kämen auch weitere Kosten wie bspw.

Wartungskosten hinzu.

Vor dem Hintergrund, auch der zukünftigen Kosten, könne die FDP-Fraktion dem Beschluss nicht zustimmen.

Stv. Giebels fragt an, ob es förderschädlich sei, wenn bereits bis Leistungsphase 3 geplant werde. Zudem möchte er wissen, was den Eltern der Haaner Schüler_innen gesagt werden könne, was in der Zwischenzeit für den Gesundheitsschutz ihrer Kinder in den Haaner Schulen getan werde.

Techn. Bgo. Schacht erläutert, dass eine Planung bis Leistungsphase 3 nicht förderschädlich sei.

Bgm'in Dr. Warnecke ergänzt, dass neben dem regelmäßigen Lüften über die Fenster, zusätzlich sog. CO₂-Tracker beschafft würden, welche in den Klassenräumen aufgestellt werden. Diese würden bei einer zu hohen CO₂-Konzentration der Raumluft ein Signal geben.

Stv. Rehm führt für die GAL-Fraktion aus, dass diese sich neben den entsprechenden Luftfiltern auch für die CO₂-Reduzierung in den Klassenräumen ausspreche. Die genannten CO₂-Tracker seien hierfür ein gutes Instrument. Schade sei jedoch, dass die Schulen nicht von vornherein mit entsprechenden Lüftungsanlagen ausgestattet wurden.

Stv. Lukat fragt an, wie die Kosten gegenfinanziert werden sollen. Sie verweist jedoch darauf, dass auch mit dem Beschluss weiterhin über die Fenster gelüftet werden müsse.

Techn. Bgo. Schacht erklärt, dass das manuelle Lüften über die Fenster bereits für einen guten Gesundheitsschutz ausreiche. Die Verwaltung habe mitgenommen, dass eine Mehrheit des Rates wünscht, die Schulen mit Raumluftechnischen Anlagen nachzurüsten, was jedoch auch bauliche Veränderungen beinhalte, da diese im Gegensatz zu den mobilen Geräten fest in die Infrastruktur der Gebäude verbaut würden. Als Ergebnis dieses Beschlusses hebt sie nochmal hervor, dass hier noch keine Kosten für die entsprechende Umsetzung aufgezeigt werden können. Der heutige Beschluss sei lediglich der erste Schritt.

StOVR'in Abel erläutert bezüglich der Kosten und der Gegenfinanzierung, dass diese über die Jahre 2022 und 2023 verteilt werden können. Für die Jahre 2024 und 2025 müsse ggf. auf die Ausgleichsrücklage zurückgegriffen werden, da es hier noch das Restrisiko bezüglich der Fördergelder gäbe. Hier könne noch nicht gesagt werden ob und falls ja, in welcher Höhe die Stadt Haan entsprechende Fördergelder erhalte.

Stv. Stracke verweist darauf, dass man sich aktuell bereits im zweiten Winter der Pandemie befinde. Er kritisiert, dass lediglich über Geld und Gegenfinanzierungen, jedoch nicht über die Gesundheit der Kinder debattiert werde. Es gehe bei den Anlagen nicht nur um eine allgemeine Verbesserung der Raumluft, sondern auch um das Herausfiltern von Viren. Zudem habe das Umweltbundesamt seine eher ablehnende Haltung zu Raumlufffiltern im Rahmen der Corona-Pandemie bereits im März revidiert und stehe dem Ganzen nun positiv gegenüber. Gerade auch im

Hinblick auf noch kommende Virusmutationen, sollten die Kosten zum Gesundheitsschutz der Kinder in Kauf genommen werden.

Stv. Lukat meldet für die WLH-Fraktion Beratungsbedarf an.

Beschluss:

Die WLH-Fraktion hat Beratungsbedarf angemeldet. Eine Beschlussempfehlung erfolgt daher nicht.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**16./ Bebauungsplan Nr. 7, 2. Änderung „Neubau Gymnasium“
hier: Beschluss über Anregungen, § 3 (1), (2) , § 4 (1) und (2) BauGB
Satzungsbeschluss, § 10 (1) BauGB
Vorlage: 61/032/2021**

Protokoll:

Stv. Drennhaus fragt an, ob hier Dachbegrünung möglich sei, da eine Photovoltaikanlage nicht möglich sei.

Techn. Bgo. Schacht erläutert, dass grundsätzlich nichts dagegenspreche, dies jedoch nochmal geprüft werden müsse. Die Verwaltung nehme die Frage als Prüfauftrag auf und teilt ein entsprechendes Ergebnis in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau (SPUBA) mit.

Stv. Lukat möchte wissen, weshalb für die Bäume auf dem Hof des Gymnasiums keine entsprechende Baumgrube ausgehoben wurde.

Techn. Bgo. Schacht erläutert, dass die Errichtung eines unterirdischen Baumquartiers gemäß geltenden Richtlinien der FLL aufgrund des anstehenden felsigen Bodens nicht möglich sei.

Beschluss:

Der Sachverhalt wurde zurückgestellt und in die nächste Sitzung des Fachausschusses (SPUBA) verwiesen. Eine Beschlussempfehlung erfolgt daher nicht.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

- 16. Bebauungsplan Nr. 7, 2. Änderung „Neubau Gymnasium“**
1./ hier: Beantwortung von Fragen zur Sitzungsvorlage 61/032/2021
Vorlage: 61/032/2021/1
-

Beschluss:

Der Sachverhalt wurde zurückgestellt und in die nächste Sitzung des Fachausschusses (SPUBA) verwiesen. Eine Beschlussempfehlung erfolgt daher nicht.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

- 17./ Förderrichtlinie Dachbegrünung**
Vorlage: 61/037/2021
-

Beschlussvorschlag:

Den der Förderrichtlinie Dachbegrünung zu Grunde gelegten Fördergrundsätzen der Sitzungsvorlage wird zugestimmt. Die Förderrichtlinie Dachbegrünung in der Fassung vom 22.10.2021 wird beschlossen. Verlängerung der Frist auf 12 Monate.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

- 18./ Einführung einer Stellplatzsatzung**
Vorlage: 61/038/2021
-

Ergänzender Beschlussvorschlag der WLH-Fraktion:

Die Anzahl der in Anlage 1 der Satzung unter Nr. 1.2 vorgesehenen Richtzahl von 1,2 Stellplätzen je 100qm angefangene BGF für Mehrfamilienhäuser wird gegen die Vorgabe 1,5 Stellplätze je Wohneinheit ausgetauscht. **(mehrheitlich abgelehnt)**

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Stellplatzsatzung der Stadt Haan wird in der Fassung vom 01.11.2021 unter Berücksichtigung der Streichung des § 5 Abs. 5 beschlossen.

Abstimmungsergebnisse:**zu BV der WLH-Fraktion:**

mehrheitlich abgelehnt

5 Ja / 13 Nein / 0 Enthaltungen

zu BV der Verwaltung:

mehrheitlich angenommen

17 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltungen

18. Einführung einer Stellplatzsatzung**1./ Vorlage: 61/038/2021/1**

Beschluss:

Der TOP wurde zusammen mit TOP 18 beraten und beschlossen.

19./ Hochwasser- und Starkregenschutz in Haan**Vorlage: 66/037/2021**

Beschlussvorschlag der WLH-Fraktion:

Der UMA beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit dem Bergisch-Rheinischen Wasserverband ein Hochwasserschutzkonzept für das Haaner Stadtgebiet zu erarbeiten. Hier soll zuerst das 100 jährliche Regenereignis zugrunde gelegt werden und mit den Grundstücken in Gruiten begonnen werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

20./ Straßensanierungsprogramm**Vorlage: 66/032/2021**

Beschluss:

Der TOP wurde von der Tagesordnung genommen, da sich der Fachausschuss dafür ausgesprochen hatte, diesen Sachverhalt in die nächste Sitzung des Fachausschusses zu verschieben und dort erneut zu beraten.

21./ Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ - KommBio
hier: Zustimmung zum Beitritt
Vorlage: 70/013/2021

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Antrag auf Mitgliedschaft im „Kommunen für biologische Vielfalt e.V.“ zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

22./ Straßenbenennungen
hier: Anbringung von Legendenschildern und QR-Codes
Vorlage: 63/002/2021

Protokoll:

Stv. Drennhaus verweist auf die Beratung in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Liegenschaften, Kultur, Städtepartnerschaften und Tourismus (WLKSTA) am 18.11.2021 und bittet zum Straßennamen „Moltkestraße“ um Streichung des Namens in allen dazugehörigen Erklärungen des Urgroßonkel Helmuth Graf von Moltke (1800-1891), preußischer Generalfeldmarschall, da dieser Krieg als legitimes Mittel der Politik angesehen habe.

Bgm'in Dr. Warnecke bestätigt, dass der WLKSTA sich dafür ausgesprochen habe. Insofern werde die Verwaltung dies berücksichtigen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Straßennamenschilder der Moltkestraße sowie der „Schlachtstraßen“ (Alsenstraße, Düppelstraße, Königgrätzer Straße, Sedanstraße) werden mit Legendenschildern - wie untenstehend vorgeschlagen - versehen.
 2. Es werden QR-Codes auf den o. g. Straßennamenschildern platziert, die zu den unten vorgeschlagenen Texten führen, die auf der Homepage der Stadt Haan hinterlegt sind.
-

Ergänzungsvorschlag der WLH-Fraktion:

3. Zukünftig sollen zu allen Straßennamensschildern mit historischen Erkenntnissen ein QR-Code und entsprechende Legendenschilder analog zu Beschluss 1 und 2 angebracht werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**23./ Verkauf von Reihenhäusern auf dem Bürgerhausareal (WA III)
hier: Verkaufskriterien und Bauträgersauswahl
Vorlage: 60/019/2021**

Protokoll:

Techn. Bgo. Schacht verweist auf die Beratung aus der Sitzung des WLKSTA am 18.11.2021 und erläutert die dort vorgetragenen Änderungen. Nach Einschätzung der Verwaltung empfehle sie, bei den zu erfüllenden Kriterien eine Einkommensobergrenze von 120.000,- Euro im Jahr beizubehalten. Sollte diese Grenze niedriger angesetzt werden, könnten sich die Bauinteressierten mit zu wenig Einkommen, ggf. den Bau des Hauses nicht mehr leisten.

Stv. Niklaus verweist darauf, dass Haan ein hohes Durchschnittseinkommen aufweise. Dies bedeute jedoch nicht, dass die gesamte Haaner Bevölkerung über ein hohes Einkommen verfüge. Er schlägt daher vor, dass Durchschnittseinkommen des Landes NRW als Maßstab zu nehmen.

Stv. Rehm verweist auf den festgehaltenen Standard eines KFW-55 Hauses. Dies sollte durch die Formulierung „KFW-Effizienzhaus“ ersetzt werden, da der KFW-55-Standard in Kürze wegfallen.

Bgm'in Dr. Warnecke führt aus, dass die Verwaltung hierzu eine Ergänzungsvorlage angefertigt habe, diese jedoch aufgrund der Kurzfristigkeit nicht mehr auf die Tagesordnung genommen werden konnte. Sie schlägt daher vor die bisherigen Anmerkungen aufzunehmen und den Sachverhalt in der Sitzung des Rates erneut zu beraten und beschließen.

Hierüber herrscht Einvernehmen unter den Ausschussmitgliedern.

Beschluss:

Der Sachverhalt wurde aufgrund noch zu klärender Sachverhalte in die Sitzung des Rates am 14.12.2021 verwiesen. Eine Beschlussempfehlung erfolgt daher nicht.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

24./ Gestaltungsbeirat Haan

hier: - Benennung der Mitglieder bis März 2025

- Änderung der Geschäftsordnung

Vorlage: 61/043/2021

Protokoll:

Stv. Lukat schlägt vor, dass zusätzlich zum Beschlussvorschlag, alle Ratsfraktionen je ein_e Vertreter_in als beratendes Mitglied in den Gestaltungsbeirat entsenden können sollen.

Beschlussvorschlag:

1./ Der Rat beruft folgende Personen als stimmberechtigte Mitglieder in den Gestaltungsbeirat der Stadt Haan, für den Zeitraum bis März 2025.

- Prof.i.V. Dipl.-Ing. Andrea Salgert, Architektin, Düsseldorf
- Dipl.-Ing. Matthias Funk Landschaftsarchitekt, Düsseldorf
- Dipl.-Ing. Eckehard Wienstroer, Architekt und Stadtplaner, Neuss
- Dipl.-Ing. Stefan Krapp, Bauass., Stadtplaner, Aachen
- Dipl.-Ing. Dr.-Ing. Stefan Strauß, Architekt, Bauhistoriker, Krefeld

Zusätzlich soll je Ratsfraktion ein_e Vertreter_in einen beratenden Sitz im Gestaltungsbeirat erhalten.

2./ Die Geschäftsordnung des Gestaltungsbeirates wird entsprechend der beigefügten Anlage geändert

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

25./ Prüfbericht der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (gpa NRW)
Vorlage: 10/058/2021

Beschlussvorschlag:

1. Der Bericht über die überörtliche Prüfung der Stadt Haan im Jahr 2020 der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (gpa NRW) wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Rat der Stadt Haan beschließt die Stellungnahme der Verwaltung gem. § 105 Abs. 7 GO NRW. Die Verwaltung wird beauftragt, die Stellungnahme an die gpa-NRW sowie die Aufsichtsbehörde zu senden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

26./ Rats- und Ausschusssitzungen im Livestream
Vorlage: 10/057/2021

Protokoll:

Stv. Lukat erläutert, dass die WLH-Fraktion aufgrund der Beratungen im Ausschuss für Digitalisierung, Organisation und Personal (DOPA) und den Ergebnissen der Abfrage unter den Rats- und Ausschussmitgliedern sowie Vertretern der Verwaltung ihren ursprünglichen Antrag auf Einführung eines Live-Streams von Sitzungen zurückgezogen habe.

Gleichwohl schlage die WLH-Fraktion jedoch vor, zukünftig, wie es bereits auch aktuell aufgrund der Corona-Pandemie der Fall sei, auch weiterhin hybride Sitzungen zu ermöglichen, so dass interessierte Bürger_innen digital an den Sitzungen teilnehmen könnten.

StOVR Titzer führt noch zum ursprünglichen Antrag der Live-Streams aus, dass die Stadt Haan hier auf externe Firmen zurückgreifen müsste, oder alternativ mind. zwei bis drei Techniker einstellen müsse, die zu den Sitzungszeiten zur Verfügung stünden. Möglicherweise ließe sich dies mit 450,- Euro-Kräften bewerkstelligen, allerdings bezweifle er, dass sich hierfür geeignete Mitarbeiter_innen finden ließen. Zumal er dabei auch zu Bedenken gebe, dass die Stadt Haan als öffentlicher Arbeitgeber mit gutem Beispiel voran gehen und so wenig wie möglich außerhalb der Sozialversicherungspflicht agieren sollte.

Bgm'in Dr. Warnecke verweist darauf, dass die hybriden Sitzungen aktuell aufgrund der Corona-Pandemie angeboten, aber lediglich durch einen Mitarbeiter der Verwaltung realisiert würden. Dadurch müsse dieser an jeder Rats- und Ausschusssitzung bis zum Ende teilnehmen, was durch eine Person auf Dauer nicht zu leisten sei. Die Verwaltung biete daher an, die Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses und des Rates als hybride Sitzung anzubieten, da der zuständige Mitarbeiter aufgrund seiner dortigen Tätigkeit als Schriftführer ohnehin bis zum Ende der Sitzung anwesend sei.

Beschluss:

Der ursprüngliche Antrag der WLH-Fraktion wurde zurückgezogen. Ein Beschluss zur Durchführung von Live-Streams von Rats – und Ausschusssitzungen erfolgt daher nicht. Die Vorlage wird daher nicht weiter beraten.

Alternativ erklärt sich die Verwaltung bereit, die zukünftigen Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses (HFA) und des Rates als hybride Sitzungen anzubieten um es interessierten Bürger_innen zu ermöglichen, digital an der Sitzung teilzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

27./ Anschluss an ein Rechenzentrum
Vorlage: DIGI/001/2021

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Haan setzt im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes das Serviceportal der regio iT Gesellschaft für Informationstechnologie mbh ein.
2. Die Stadt Haan tritt der regio iT Gesellschaft für Informationstechnologie mbh bei und erwirbt die nötigen Genossenschaftsanteile.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

28./ Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2022
Vorlage: 10/072/2021

Beschluss:

Aufgrund noch offener Fragestellungen erfolgt keine Beschlussempfehlung bezüglich des gesamten Stellenplans an den Rat.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

28. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2022
1./ hier: Aufnahme einer Teilzeitstelle „Koordination kinderfreundliche
Kommune“ mit einem Stellenanteil von 0,5 im Stellenplan 2022
Vorlage: 10/066/2021

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf den gemeinsamen Antrag der SPD, GAL und des Stadtelternrates zur Einrichtung einer 0,5 Stelle für den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz (P06 in den Haushaltsplanberatungen) und schlägt seitens der Verwaltung vor, die in der Vorlage aufgeführte Stelle zugunsten des o.g. Antrages zurückzuziehen und erst im nächsten Stellenplan wieder einzubringen. Dadurch würde sich allerdings auch der Zertifizierungsprozess zur kinderfreundlichen Kommune um ein Jahr verzögern.

Stv. Stracke führt hierzu aus, dass der SPD-Fraktion auch an der hier aufgeführten Stelle für die Koordination kinderfreundliche Kommune gelegen sei. Die hier aufgeführte 0,5 Stelle könne aus den beantragten 2,7 Stellen der Kämmerei (TOP 28.3) genommen und so gegenfinanziert werden.

Stv. Lemke gibt zu bedenken, dass es sich bei den benötigten Stellen in der Kämmerei um die Erledigung von Pflichtaufgaben handele, wohingegen es hier um eine freiwillige Aufgabe gehe. Zudem werde die Stelle nur aufgeschoben und nicht gänzlich abgelehnt. Eine Verzögerung von einem Jahr sei aus seiner Sicht hinnehmbar.

Stv. Lukat entgegnet, dass die zusätzlichen Stellen der Kämmerei nicht ausschließlich auf Pflichtaufgaben zurückzuführen seien.

Stv. Rehm schlägt vor, die Beratung und Beschlussfassung zu der hier aufgeführten

Stelle bis zur Beratung der anderen Stellen zurückzustellen.

Beschluss:

Die Beratung und Beschlussfassung wird bis zur Beschlussfassung der anderen zusätzlichen Stellen zurückgestellt. Eine Beratung und Beschlussempfehlung für den Rat erfolgt daher nicht.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

- 28. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2022**
2./ hier: Dauerhafte Anhebung des Stellenanteils bei der Stelle 51/112
(Fachberatung KiTa) im Stellenplan 2022 von derzeit 0,5 auf 0,8
Stellenanteile
Vorlage: 10/067/2021
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die dauerhafte Anhebung des Stellenanteils bei der Stelle 51/112 (Fachberatung KiTa) im Stellenplan 2022 von derzeit 0,5 auf 0,8 Stellenanteile.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

- 28. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2022**
3./ hier: Auswirkungen der Neuorganisation des Amtes 20 auf den
Stellenplan 2022
Vorlage: 10/064/2021
-

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke erläutert die Vorlage.

Zusätzliche Stelle für die Aufgaben der Tax-Compliance

StOVR'in Abel ergänzt, dass § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) aktuell noch nicht in der Anwendung sei. Seitens der kommunalen Spitzenverbände gäbe es Kritik, dass seitens des Bundesfinanzministeriums nicht genau ausgeführt werde, wie die Kommunen die Vorgaben des Gesetzgebers erfüllen sollen. Fakt sei, dass dort, wo die Kommune wirtschaftlich tätig werde z.B. im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit, häufig steuerrechtliche Fehler gemacht würden, da die Kommunen, anders als in der Vergangenheit, nun wie Unternehmen behandelt werden würden. Der Steuerbereich müsste entsprechend neu aufgestellt werden. Allein mit dem bisherigen Personal sei dies nicht zu bewerkstelligen, da innerhalb kürzester Zeit viel in diesem Bereich umgesetzt werden müsse, die Mitarbeiter_innen der Kämmerei aber bereits jetzt voll ausgelastet seien. Insofern sei die Verwaltung auf externe Beratung angewiesen, sofern die zusätzliche Stelle für Tax-Compliance nicht bewilligt werde, was ebenfalls zu zusätzlichen Kosten führe.

Stv. Lukat verweist darauf, dass die angedachte 0,5 Stelle der Tax-Compliance lediglich mit EG8 ausgewiesen werde. Sie frage sich, ob dies bei der Komplexität der Aufgaben so richtig sei.

StOVR'in Abel erläutert, dass angedacht sei, den Bereich Tax-Compliance intern mit einem / einer Mitarbeiter_in zu besetzen. Hier würde entsprechend noch eine Stellenbewertung durchgeführt. Die 0,5 EG8 seien der Ersatz für die bisherige Arbeit des / der Mitarbeiter_in.

Stv. Stracke zeigt sich aufgrund der neuen Erkenntnisse aus den Stellungnahmen irritiert und bittet hier um eine bessere Erläuterung.

Stv. Lukat ergänzt eine Bitte, die Stellenwertigkeit für die Aufgabe der Tax-Compliance bis zum Rat darzustellen.

Zusätzliche Stelle für Digitalisierung / Systemadministration

Bgm'in Dr. Warnecke führt aus, dass die Stelle leider nicht durch den Anschluss an das Rechenzentrum kompensiert werden könne. Insofern sei die zusätzliche Stelle notwendig.

Stv. Lukat erläutert, dass es bereits eine Stelle Systemadministration innerhalb der Kämmerei gäbe. Im letzten Stellenplan seien bereits einige Stellen für den Bereich der Digitalisierung hinzugekommen, daher frage sie sich, weshalb hier erneut eine Stelle notwendig sei.

StOVR Titzer erklärt daraufhin, dass die IT-Abteilung den Bereich der IT-Administration abdecke. Zusätzliche gäbe es noch Fachadministratoren für die einzelnen Fachanwendungen innerhalb der Verwaltung sowie die

Systemadministration innerhalb der Kämmerei, welche u.a. für die Schnittstellen der Fachanwendungen und des Haushaltsprogramms zuständig sei.

Weiterhin wurde im letzten Jahr die Stabsstelle Digitalisierung ausgebaut, welche vordergründig die allgemeine Digitalisierung der gesamten Stadtverwaltung koordiniere.

Stv. Lukat fragt an, ob es möglich sei, für diese Aufgabe auf externe Hilfe zurückzugreifen, da es sich hier um eine temporäre Aufgabe handele.

Aufgrund noch zu klärender Fragestellungen wurde allgemein Beratungsbedarf angemeldet.

Beschluss:

Es wurde Beratungsbedarf angemeldet. Eine Beschlussempfehlung erfolgt daher nicht.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

28. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2022

4./ hier: Ausweisung der Stelle 32/50

Vorlage: 32-2/015/2021

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf die Beratungen aus dem Ausschuss für Digitalisierung, Organisation und Personal (DOPA) und schlägt vor den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, dass dieser vorbehaltlich einer entsprechenden Stellenbewertung durch die Kommunale Gemeinschaftsstelle (KGSt) getroffen werden solle.

Stv. Stracke führt hierzu aus, dass erst eine Bewertung durch die KGSt erfolgen und anschließend erst über eine entsprechende Stellenanhebung beschlossen werde.

StOVR Titzer erklärt, dass es dem Rat natürlich freistehe, die Stelle im Stellenplan mit A13 und einem KU-Vermerk auszuweisen. Er weist jedoch darauf hin, dass im Falle einer Bewertung seitens der KGSt nach A14 entweder ein Nachtragsstellenplan erforderlich werde oder die Stelle erst im Stellenplan für das Jahr 2023 entsprechend eingeplant werden könne.

Der Vorteil die Stelle bereits in diesem Stellenplan mit A14 auszuweisen wäre, dass

der Stelleninhaber nach entsprechender Bewertung der KGSt sofort befördert werden könne, ohne dass ein Nachtragsstellenplan notwendig sei. Sollte die KGSt zu dem Schluss kommen, die Stelle nur nach A13 zu bewerten, lägen die Voraussetzung zur Beförderung des Stelleninhabers nach A14 nicht vor und die Stelle würde im nächsten Stellenplan auch wieder mit A13 ausgewiesen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat stimmt einer Ausweisung der Planstelle für die Stellen-Nr. 32/50 nach Besoldungsgruppe A 14 im Stellenplan 2022, vorbehaltlich einer entsprechenden Stellenbewertung durch die KGSt, zu. Die Stelle wird zusätzlich mit einem KU-Vermerk versehen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
11 Ja / 7 Nein / 0 Enthaltungen

- 28. Personalbedarfsfeststellung und Personalentwicklung für den Bereich der 5./ Feuerwehr**
hier: - Auswirkungen der Rechtsprechung zu Bereitschaftszeiten im Einsatzführungsdienst
- Auswirkung des Rettungsdienstbedarfsplan des Kreises Mettmann vom Vorlage: 32-2/008/2021
-

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Feuerschutz- und Ordnungsangelegenheiten nimmt den Sachstand zur Personalsituation zu Kenntnis und empfiehlt im Stellenplan 2022 weitere 4 Stellen bereitzustellen. In den Folgejahren soll eine weitere Stellenanpassung unter Berücksichtigung der Rechtsprechung zu (Ruf-)Bereitschaftszeiten sowie entsprechend der Brandschutz- und Rettungsdienstbedarfsplanung erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
17 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

28. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2022

**6./ hier: Personalbedarf im Rahmen der Erbringung von heilpädagogischen Leistungen in Form der Basisleistung I im Familienzentrum am Bollenberg
Vorlage: 10/075/2021**

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die Aufnahme eines zusätzlichen Stellenanteils von 0,5 in der Entgeltgruppe S 8a/ S 9 im Stellenplan 2022, um die heilpädagogischen Leistungen in Form der Basisleistung I im Familienzentrum am Bollenberg erbringen zu können. Die Teilzeitstelle erhält einen KW-Vermerk.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

28. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2022

**7./ hier: Einrichtung einer Stelle „Projektingenieur/in Freiraummanagement“ im Stellen-plan 2022, EG 11
Vorlage: 10/076/2021**

Protokoll:

Stv. Lukat führt aus, dass für die WLH-Fraktion nicht erkennbar sei, dass die Aufgaben nicht durch eine Umstrukturierung innerhalb des Technischen Dezernates verteilt werden könnten. Insofern halte sie eine zusätzliche Stelle nicht für erforderlich.

Techn. Bgo. Schacht erklärt, dass es einer entsprechenden Stelle bedarf, da die Aufgaben nicht durch eine Umstrukturierung und Aufgabenverteilung aufgefangen werden könnten, da einerseits spezielle Kenntnisse erforderlich seien und zum anderen die übrigen Kolleg_innen des Technischen Dezernates mit ihren Aufgaben bereits voll ausgelastet seien.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt die Einrichtung einer Stelle „Projektingenieur/in Freiraummanagement“ im Stellenplan 2022.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen

13 Ja / 4 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

29./ Haushaltsplanberatungen 2022

Vorlage: 20/039/2021

Protokoll:

Produktbereich 01 – Innere Verwaltung

Veränderungsanträge der Verwaltung Nrn.: V01, V07 und V12

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

Veränderungsantrag der Verwaltung Nr. V11 – Abbruch Turnhalle + VHS an der Bachstr.

Stv. Lukat führt aus, dass die WLH-Fraktion an ihrem Antrag vom 16.11.2021 (Nr. P13) festhalte und die finanziellen Mittel des o.g. Antrags der Verwaltung als Gegenfinanzierung zu ihrem Antrag verwenden möchten.

Abstimmungsergebnis zu P13 – Antrag der WLH-Fraktion vom 16.11.2021:

mehrheitlich abgelehnt

3 Ja / 14 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

Abstimmungsergebnis zu Antrag der Verwaltung Nr. V11:

mehrheitlich angenommen

14 Ja / 3 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

Veränderungsantrag der Verwaltung Nr. V13 – Zusatzmodule „ABUko“ pp.

Der Antrag wurde seitens der Verwaltung zurückgezogen

Veränderungsantrag der Verwaltung Nr. V20 – Bürgerentscheid – Software

Dem Veränderungsantrag wurde bereits bei dem Beschluss zu TOP 2 zugestimmt, da für die Durchführung des Bürgerentscheides die Software zwingend notwendig ist. Ein separater Beschluss ist daher nicht notwendig.

Veränderungsantrag der Verwaltung Nr. V33 – Neujahrsempfang

Der Veränderungsantrag wird seitens der Verwaltung zurückgezogen, da der Neujahrsempfang aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie abgesagt wird. Die finanziellen Mittel in Höhe von 7.000,- Euro werden zur Gegenfinanzierung des Antrages Nr. V29 – Schutzwesten für den Außendienst des Ordnungsamtes verwendet.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

Veränderungsantrag der SPD-Fraktion Nr. P14 – Fahrradreparaturstationen

Stv. Blossey erläutert den Antrag.

Stv. Rehm führt aus, dass der Antrag auch erst im Haushalt 2023 vorgesehen werden könne. Grundsätzlich begrüße die GAL-Fraktion aber diesen Antrag.

Stv. Lukat schlägt vor, diesen zunächst mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, Fahrradreparaturstationen an den weiterführenden Schulen in Haan anzubringen. Die dafür erforderlichen finanziellen Mittel werden in den Haushaltsplan 2022 eingestellt.

Die Personal- und Sachkosten in Höhe von 20.000,- Euro werden durch Streichung von 20.000,- Euro beim Produkt 130110.528190 (vorgesehen für Flächenherrichtung einer zusätzlichen Streuobstwiese und Kauf von Bäumen für Privatgärten gem. Nachhaltigkeitsstrategie) gegenfinanziert.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

Aufgrund der bereits fortgeschrittenen Sitzungsdauer, wird die weitere Beratung der Veränderungsanträge zum Haushalt 2022 in die Fortsetzungssitzung am 09.12.2021 verwiesen.

30./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Aufgrund der bereits fortgeschrittenen Sitzungsdauer wird der TOP in die Fortsetzungssitzung am 09.12.2021 verwiesen.

31./ Mitteilungen

Protokoll:

Aufgrund der bereits fortgeschrittenen Sitzungsdauer wird der TOP in die Fortsetzungssitzung am 09.12.2021 verwiesen.